



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 3/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. Reform des Bewertungsverfahrens bei Neuvergabe der Verteilernetze dringend erforderlich!



Es ist dringend geboten, dass das Bundeswirtschaftsministerium kurzfristig das Gesetzgebungsverfahren zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reform des Bewertungsverfahrens bei Neuvergabe der Verteilernetze beginnt, um hier so schnell wie möglich für alle Beteiligten eine rechtssichere Planungsgrundlage zu schaffen. Die Probleme, die mit der Neuvergabe einhergehen, sind vielfältig. Die Stadt Titisee-Neustadt sah sich sogar gezwungen, eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzureichen. Bei meinem Antrittsbesuch in der Gemeinde sprachen der Bürgermeister Armin Hinterseh und ich über das Problem, vor welchem die Stadt nun steht. Das Bundeskartellamt fordert eine Neuvergabe des Stromnetzes. Im Jahr 2012 leitete das Bundeskartellamt ein Verfahren gegen die Konzessionsvergabe an den jetzigen Energieversorger ein. Die Energieversorgung Titisee-Neustadt (evtn), die das Konzessionsverfahren im Jahr 2011 gewann, hat die Versorgungsanlagen vom Altkonzessionär gekauft. „Wenn die Gemeinde die Pflicht hat, die Versorgung mit Wasser und Strom zu gewährleisten, müssen damit auch Rechte verbunden sein“, bekräftigte Armin Hinterseh im Gespräch. Das Vorgehen verstößt aus Sicht des Bürgermeisters und der Gemeinde

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Mit Gedenkworten des Bundestagspräsidenten für den verstorbenen Bundespräsidenten a.D. Richard von Weizsäcker begann das Plenum diese Woche am Donnerstagmorgen. Sein Tod erfüllt mich mit tiefer Trauer. Zugleich erinnern wir uns in besonderer Dankbarkeit an jene Jahre, in denen Richard von Weizsäcker in unseren Reihen wirkte. Wir verlieren einen Politiker und Staatsmann, der die parlamentarische Demokratie in Deutschland über Jahrzehnte maßgeblich geprägt und Deutschlands Ansehen in der Welt gemehrt hat. Meine Gedanken sind bei der Familie des Verstorbenen.

In einer öffentlichen Anhörung nahmen Sachverständige Stellung zum Thema Online-Sozialwahlen und der assistierten Ausbildung (S. 2). Da viele Fragen noch offen sind, wurde die 2./3. Lesung im Bundestag auf Ende Februar verschoben.

Ich nahm an der Veranstaltung der Kinderkommission zum „Red Hand Day“ im Bundestag teil. Das Symbol der Aktion, die rote Hand, steht dabei für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten (S. 3).

Erfreuliche Nachrichten gab es diese Woche für unser Land Baden-Württemberg. Mein Kollege Norbert Barthle aus Backnang- Schwäbisch Gmünd wird Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU).

Glückselige Fasnet und

*herzliche Grüße
Ihre*

Gabriele Schmidt



gegen das Recht der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG. Das „Kartellrechtliche Regime“ entbehre einer gesetzlichen Grundlage. Weshalb eine kommunalfreundliche Haltung zu Lasten der Gemeinde ausgelegt wird, kann ich ebenfalls nicht nachvollziehen. Thomas Bareiß, Energiebeauftragter der CDU/CSU-Fraktion, den ich auf das Problem angesprochen habe, versprach, sich der Angelegenheit anzunehmen.

2. Öffentliche Anhörung zur 5. Änderung des SGB IV und anderer Gesetze des Ausschusses Arbeit und Soziales

Als zuständige Berichterstatterin im Ausschuss Arbeit und Soziales für das Vierte Buch Sozialgesetzbuch, welches gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung beinhaltet, habe ich aktiv an der öffentlichen Anhörung teilgenommen. In erster Linie geht es bei der Gesetzesänderung um die Etablierung vereinfachter Meldeverfahren in der Sozialversicherung. Daneben werden in diesem „Omnibusgesetz“ aber noch zahlreiche andere sozialpolitische Projekte geregelt, wie die „Assistierte Ausbildung“ für lernschwache Jugendliche oder die Finanzierung der „Pille danach“. Insbesondere die **Online-Sozialwahlen** wurden von den Sachverständigen als anfällig für „Angriffe von außen“ eingestuft. Probleme gäbe es auch im Zusammenhang mit dem Datenschutz. Alles in allem existieren eine Reihe offener Fragen, für die es momentan keine Lösung zu geben scheint.

Ein weiteres Thema war die bereits erwähnte „assistierte Ausbildung“. Die Mehrheit der Sachverständigen plädierte für eine Öffnung der Zielgruppe. Man hat von den positiven Erfahrungen mit dem Projekt **carpo** in Baden-Württemberg berichtet und angeregt, das Projekt dauerhaft zu finanzieren. Insgesamt begrüßt man die bundesweit gesetzliche Verankerung der assistierten Ausbildung.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Verordnung zur Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und zur Änderung anderer Verordnungen. Die Verordnung regelt die Vermarktung von EEG-Strom durch die Übertragungsnetzbetreiber sowie das Verfahren der bundesweiten Umwälzung der EEG-Förderkosten über die EEG-Umlage. Die Bundesregierung strebt so eine Erhöhung der Transparenz bei der Ermittlung der EEG-Umlage an, die gleichzeitig effizienter gestaltet werden soll.

2. Kulturtourismus in den Regionen weiterentwickeln. Unser Antrag widmet sich den besonderen Chancen, die Deutschland durch den Kulturtourismus entstehen. Die Bundesregierung wird daher zur Prüfung einer Schaffung einer zentralen Online-Plattform aufgefordert, über die ein Informationsaustausch zur Inlandsvermarktung im Bereich Kulturtourismus gefördert werden könnte. Ebenfalls schlagen wir als weiteren Beitrag zur Förderung des Kulturtourismus einen Bundeswettbewerb vor, mit dem kulturtouristische Projekte im ländlichen Raum angeregt werden können.

III. Sonstiges

1. Jahresempfang des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) mit S.E. S.E. Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum sind auf schnelles Internet angewiesen. Es ist aber

auch ein wichtiger Faktor, um junge Menschen und Familien auf dem Land zu halten. Gerade für unsere topographisch nicht ganz einfache Region sind mit dem Breitbandausbau Herausforderungen und große Schwierigkeiten verbunden. Lange Wegestrecke und geringe



(Günther Oettinger / Foto: Pressestelle EU-Kommission)

Einwohnerdichte machen den Breitbandausbau für die Telekommunikationsanbieter wenig lukrativ. Günther Oettinger sieht die dringende Notwendigkeit im zügigen Ausbau von schnellem Internet. Auf der EU-Ebene will der Kommissar einen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen. Die Wirtschaft allein könne den Ausbau nicht bewältigen, der Staat müsse mehr investieren. Nur so könne die Investitionslücke geschlossen werden.

2. Red Hand Day – Kinder sind keine Soldaten! Kinder sind unsere Zukunft!



Kinder sind keine Soldaten! Leider werden viele Kinder auf der ganzen Welt immer noch zu Kämpfen gezwungen. Allein in den afrikanischen Ländern gibt es etwa 100.000 Kinder, die in Kriegen und bewaffneten Konflikten kämpfen; in Myanmar stehen 77.000 Kinder in den Reihen der staatlichen Armee. Kindersoldaten gibt es auch in Kolumbien, wo etwa 14.000 Kinder kämpfen müssen, sowie in Indien, Afghanistan, den Philippinen und Indonesien. Weltweit werden rund 250.000 Kinder in den Kriegen der Erwachsenen als Soldaten missbraucht.

Jedes Jahr findet am 12. Februar der Red Hand Day statt – der internationale Tag gegen Einsatz von Kindersoldaten. Die gesammelten Handabdrücke, als Symbol für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten, werden von der Kinderkommission an die Vereinten Nationen weitergeleitet. Auch ich habe mich an der Aktion beteiligt. Um mit Herbert Grönemeyers Worten zu sagen: „**Kinder an die Macht!**“.

3. Immer mehr ältere Menschen sind erwerbstätig

In den vergangenen Jahren hat die Erwerbstätigkeit älterer Menschen immer weiter zugenommen: Gingen im Jahr 2005 rund 28 Prozent der 60- bis 64-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nach, war 2013 bereits die Hälfte der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig. Von den 65- bis 69-Jährigen, also Personen jenseits der Regelaltersgrenze, arbeiteten 2013 immerhin noch 13 Prozent. Im Jahr 2005 hatte dieser Anteil noch bei 6 Prozent gelegen. Männer und Frauen unterscheiden sich auch im fortgeschrittenen Alter in ihrer Erwerbstätigkeit: Während 2013 von den 60- bis 64-jährigen Männern 57 Prozent erwerbstätig waren, waren es bei den Frauen nur 43 Prozent. Bei den 65- bis 69-Jährigen gingen 16 Prozent der Männer, aber nur 9 Prozent der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 10. Februar, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- 07. Februar** • Besichtigung des NABU-Zentrums in Birkendorf mit Kandidatenvorstellung – Micha Bächle, Kandidat für die Landtagswahl stellt sich vor
- 07. Februar:** • Bunter Abend des Narrenvereins Schwanenmühle
- 09. Februar:** • Besuch des „Haus Lebensheimat“- Wohnen und Leben für Menschen mit Behinderung, mit Micha Bächle, Landtagskandidat, Thomas Dörflinger MdB und Tobias Link, Bürgermeister
- 09. Februar:** • Treffen mit dem Arbeitskreis Inklusion
- 09. Februar:** • Vorstandssitzung des Frauen- und Kinderschutzhauses
- 09. Februar:** • Besuch der DELTA COMPONENTS GmbH, Waldshut-Tiengen
- 07. März:** • Besichtigung der DRK-Rettungswache in Ühlingen, Dr. Klaus Schüle, Kandidat für die Landtagswahl stellt sich vor